



Foto: dpa



- Immer wieder Streit um zu hohe Betriebskosten
- Vaterschaft für einen Samenspender erleichtert
- Zur Altkleidersammlung

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 26. Juni 2013

68. Jahrgang/Nr. 146 • Berlinausgabe 1,70 €

STANDPUNKT

Ordentlich ausgebremst

Von Simon Poelchau

Man müsste sich eigentlich freuen, dass die CO₂-Grenzwerte für Autos gesenkt werden. Wenn bis 2020 der maximale Ausstoß des Treibhausgases auf 95 Gramm pro Kilometer sinkt, wie die Europäische Union beschlossen hat, dann dient das auch der Umwelt.

Doch wie bei vielen anderen Beschlüssen ist die Freude nur von kurzer Dauer, wenn der Jubel aus der falschen Ecke kommt. So freut sich der ehemalige CDU-Bundesverkehrsminister und jetzige Chieflobbyist der deutschen Autobauer, Matthias Wissmann, darüber, dass es Europas Regierungschefs unterlassen haben, weitere Vorgaben für die Zeit nach 2020 zu machen. Das hatte zumindest das Europäische Parlament gefordert. Dafür haben Wissmann und sein baldiger Kollege bei Daimler, der jetzige Kanzleramtsminister Eckart von Klaeden, wieder Zeit bekommen, um gegen neue Grenzwerte Politik zu machen. Auch sonst waren die Anstrengungen der deutschen Autolobby von Erfolg gekrönt. Sie hat erreicht, dass ihre spritsparenden Leuchtturmprojekte doppelt für die Berechnung der durchschnittlichen Abgaswerte angerechnet werden. Einen rationalen Grund gibt es dafür zwar nicht. Doch können Daimler, BMW, VW und Audi auf diese Weise weiter ihre klimaschädlichen Nobelkarossen produzieren.

So wurde der Klimaschutz wieder ordentlich von der deutschen Autolobby ausgebremst. Besser für alle wäre es gewesen, sie hätten ihre Energie stattdessen in die Entwicklung wirklich CO₂-armer Technologien gesteckt.

Unten links

Vorgestern noch im Tagestief, gestern nun der Start zum Erholungsversuch. DAX und Mensch haben viel gemeinsam – zumindest sollen uns das warme Vokabeln für die Beschreibung kalter Börsenrechnungen suggerieren. Wo der DAX positive Vorgaben von der Wall Street benötigt, um zu wachsen, helfen dem Menschen ein paar nette Worte und eine positive Gehaltsvorgabe vom Chef aus dem Tief. Leider kann immer nur einer von beiden wachsen. Wird der DAX gepöppelt, ist meistens Brüderchen Mensch im Tief. Verliert der DAX, kann sich das Menschlein erholen. Früher, als DAX noch mit »chs« geschrieben wurde, gehörte auch ein Raubtier aus der Familie der Hundartigen dazu. Doch dieser Dachs hat sich unter die Erde zurückgezogen, wo er schläft, Regenwürmer frisst oder Dachschlösser baut. In einem zählte man 50 Kammern, 178 Eingänge und 879 Meter Tunnel, sozusagen ein Börsengang vom Feinsten. DAX, nimm dich in Acht!

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise
Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-4940



Berlin (nd). Der als Kataloniens »Robin Bank« bekannt gewordene und derzeit im Untergrund lebende Politaktivist Enric Duran will gegenüber der spanischen Justiz auf Strafbefreiung plädieren. Das sagte Duran im Gespräch mit »neues deutschland«.

Der 37-Jährige ist seit Februar untergetaucht, um sich einem Strafprozess zu entziehen. Duran hatte sich mit gefälschten Sicherheiten Kredite in Höhe von 492 000 Euro bei Banken besorgt und das Geld in soziale Projekte umgeleitet. Dafür drohen ihm bis zu acht Jahre

Haft. Das Gericht lehnte eine Verschiebung des Prozesses ebenso ab wie die Demission des Anwalts von Duran, die der Advokat selbst dem Gericht unterbreitet hatte. Zudem hat es sämtliche 23 Zeugen der Verteidigung abgelehnt, während alle 15 Zeugen der Anklage bewilligt wurden. Der Hintergrund: Durans Zeugen sind Kapitalismuskritiker, die die Banken und das Geldsystem im Prozess als wahre Übeltäter präsentieren wollten.

»In jedem Fall, was auch immer die Staatsanwaltschaft fordert, werde ich ausschließlich

auf Strafbefreiung plädieren«, sagte Duran gegenüber »neues deutschland«. Laut spanischem Strafrecht ist Strafbefreiung im Ausnahmefall möglich, wenn dadurch ein größeres gesellschaftliches Wohl geschaffen wird als durch die Haft. Nach eigenen Angaben arbeitet Duran im Untergrund an einem Projekt, das es erlaube, »vor der Gesellschaft ein Projekt der Wiedergutmachung zu präsentieren«. Darin seien alle beteiligt, die in seine Aktion – »den Bankraub« – involviert waren.

Seite 15

nd-Montage: Wanja Wegener, nd-Foto: Martin Ling

Freie Fahrt für Lobbyisten

Report: Beim Kampf gegen Korruption glänzte Schwarz-Gelb durch Nichtstun

Von Fabian Lambeck

Der Verein LobbyControl hat untersucht, was die Bundesregierung in den vergangenen vier Jahren in Sachen Korruptionsbekämpfung getan hat. Das Fazit des am Dienstag veröffentlichten Reports: Schwarz-Gelb zeigte wenig Engagement beim Kampf gegen Bestechung und verdeckte Einflussnahme.

Die Bundesrepublik bleibt ein Paradies für Lobbyisten. Dies ist das Fazit des am Dienstag in Berlin vorgestellten »Lobbyreports 2013« der Organisation LobbyControl. Auf knapp 40 Seiten bilanzieren die beiden Politikwissenschaftler Timo Lange und Christina Deckwirth darin »die Entwicklungen im Bereich Lobbyismus in den Regierungsjahren 2009 bis 2013.«

»Unter Schwarz-Gelb hatten

Lobbyisten freie Fahrt«, resümierte Deckwirth am Dienstag in Berlin.

Insgesamt fünf Handlungsfelder hatten die beiden Autoren dabei im Blick: Transparenz, Seitenwechsel von Spitzenpolitikern, Nebeneinkünfte, Abgeordnetenkorruption und Parteienfinanzierung. Lediglich bei den Nebeneinkünften habe es eine Verbesserung gegeben, heißt es in dem Report.

Allerdings nicht ganz freiwillig, wie Deckwirth betonte:

»In der Debatte um die Nebeneinkünfte des SPD-Kanzlerkandidaten Steinbrück kam auch Schwarz-Gelb unter Druck, weil man jahrelang Regeln für mehr Transparenz verschleppt hatte.« Die öffentliche Diskussion um die Millionen-honorare für private Vorträge von Peer Steinbrück hatte zur Folge, dass die Nebeneinkünfte

von Abgeordneten ab der kommenden Legislaturperiode detaillierter angegeben werden müssen. Nach einem Beschluss des Bundestages vom März dieses Jahres soll dann ein zehnstufiges Meldesystem das ungenauere dreistufige ablösen.

Ansonsten sei wenig passiert, so die Autoren. Dabei hätten selbst die Mövenpick-Spende an die FDP gezeigt, »dass Lobbyismus ein reales Problem ist und die bestehenden Regeln nicht ausreichen«.

So konnte die Bundesrepublik die UN-Konvention gegen Korruption nicht umsetzen. Dazu wäre ein strengeres Gesetz zur Abgeordnetenbestechung notwendig. Doch insbesondere die FDP mauerte hier.

Auch bei den Diskussionen um den geplanten Wechsel von Staatsminister Eckart von

Klaeden (CDU) zu Daimler habe sich Schwarz-Gelb lediglich »durch Nichtstun hervorgetan«, heißt es im Bericht. Für Politiker, die in die Wirtschaft wechseln, gibt es immer noch keine Karenzzeiten.

Ebenso fehlten in Deutschland »angemessene Auflagen für Lobbytransparenz«, bemängeln die Autoren des Berichts. Stattdessen habe Schwarz-Gelb »alle Bemühungen zur Einführung eines verbindlichen Lobbyregisters blockiert«.

Zudem zeigten Union und FDP keinerlei Bemühungen, »mehr Transparenz bei Parteispenden und Parteisponsoring« zu schaffen. Dabei hatte selbst der Europarat die deutsche Praxis der Parteispenden beanstandet und Verbesserungen angemahnt.

Kommentar Seite 4

Autohersteller blockieren Klimaschutz

EU einigt sich auf wenig ambitionierte Pkw-Grenzwerte

Berlin (nd). Autos sollen ein bisschen klimafreundlicher werden. Ab 2020 sollen sie in der Europäischen Union nur noch höchstens 95 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer ausstoßen, während die Grenze heute bei 130 Gramm liegt. Zusammen mit diesem wenig ambitionierten Ziel haben sich EU-Kommission und Parlament außerdem auf sogenannte Supercredits geeinigt. Solche Gutachten können sich Autobauer für »innovative Technologien« anrechnen lassen, was faktisch Elektroautos meint. Mit diesen Boni können sich die Autohersteller ihre Klimabilanz schönen, was ihnen harsche Kritik von Umweltverbänden einbrachte.

»Die deutschen Autobauer haben wieder einmal ihre Durchsetzungskraft demonstriert und die Bundesregierung zur Durchsetzung ihrer Partikularinteressen auf europäischer Ebene missbraucht«, sagte Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH). Resch erwähnte in dem Zusammenhang auch noch einmal die Affäre um den Staatsminister im Kanzleramt Eckhardt von Klaeden (CDU), der zum Jahresende zum Autohersteller Daimler wechseln soll. Bis zur Bundestagswahl will er aber im Kanzleramt bleiben. Solcherlei Verflechtungen von Wirtschaft und Politik wären »in anderen europäischen Ländern, die ehrgeizige Klimaschutzziele im Automobilbau fordern, ein politischer Skandal«, so Resch.

Der Verkehrsclub Deutschland sprach von einem »Einknicken vor der deutschen Autolobby«. Die Bundesregierung habe sich zum Handlanger von BMW und Daimler gemacht. »Volkswagen, Toyota und andere Autohersteller, die mehr auf Energieeffizienz abzielen, brauchen die im letzten Augenblick von der Bundesregierung hochgezockten Supercredits nicht«, sagte VCD-Bundesvorsitzender Michael Ziesak.

Seite 16

KURZ

Hochwasser im Bundestag

Berlin (dpa). Bundeskanzlerin Angela Merkel hat nach der Flutkatastrophe Konsequenzen für mehr Hochwasserschutz gefordert. »Wir müssen vorausschauend handeln«, sagte Merkel am Dienstag in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) forderte einen nationalen Pakt für Hochwasserschutz.

Seite 12

AKW-Übung in Cattenom

Cattenom/Metz (dpa). Die Anrainerländer des pannengeplagten französischen Atomkraftwerks Cattenom üben die Zusammenarbeit bei einem möglichen Störfall. Die viertägige Übung mit Belgien, Deutschland und Luxemburg lief am Dienstag planmäßig an.

Machtübergabe in Katar

Doha (AFP). Nach 18 Jahren an der Spitze des reichen Golfstaats Katar hat Emir Scheich Hamad ben Chalifa al-Thani (61) abgedankt und die Macht an seinen Sohn übergeben. Es ist das erste Mal in der jüngeren Geschichte der arabischen Welt, dass ein Herrscher freiwillig die Macht übergibt.

Neue Regierung in Athen

Athen (dpa). Wenige Tage nach dem Platzen der Dreierkoalition in Griechenland haben Konservative und Sozialisten am Dienstag eine neue Regierung mit knapper eigener Mehrheit gebildet. Der Chef der sozialdemokratischen PASOK ist nun Außenminister und Vizepremier.

Seite 8